

Calmer Tagblatt

Nr. 140 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 225 M., Familienanzeigen 150 M., Reklamen 600 M., Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9 Dienstag, den 19. Juni 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 4200 M., monatlich. Postbezugspreis 4200 M., ohne Beleggeld. Einzelnummer 300 M., Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die von Poincaré angekündigten verschärften Maßnahmen im Ruhrgebiet haben schon eingeleitet; sie bestehen in einer regelrechten Hungerblockade, die durch vollständige Abschneidung des Ruhrgebiets von dem Verkehr nach und von Deutschland erreicht wird. Die Lebensmittelzüge sind beschlagnahmt worden, und Lebensmittel werden auf den militarisierten Eisenbahnen nur befördert, wenn die Frachtkosten an die französisch-belgische Eisenbahnregie bezahlt werden. Auf diese Weise will man also die Bevölkerung durch Aushungerung zur Anerkennung der französischen Gewaltregierung zwingen.

Auf die Anfrage der englischen Regierung, wie sich Frankreich die Einstellung des passiven Widerstandes denke, soll Poincaré geantwortet haben, daß die Beamten an der Mitarbeit zur „Verwaltung“ befohlen werden müßten, daß man freiwillig die Kohlenlieferungen wieder aufnehmen sollte, und dafür will Frankreich die Besetzung „unfähig“ machen. Wie diese Unfähigkeitbarmachung „ausgeführt“, darüber ist bisher eine Unterrichtung der Öffentlichkeit nicht erfolgt.

Wie ehrlich aber die französischen „Verständigungs“-Absichten sind, das erseht man aus einer Presseerklärung zur Saargebietsfrage, in der nicht mehr und nicht weniger als das absolute Recht Frankreichs zur beliebigen Ausbeutung des Saargebiets verlangt wird, und zwar in der Weise, wie — im Rheinland und Ruhrgebiet.

Der belgische Ministerpräsident Theunis ist nun doch mit der Umbildung des Kabinetts beauftragt worden. Trotz aller Widerstände soll also — wie in Frankreich — das seitherige System der Gewaltpolitik gegenüber Deutschland fortgesetzt werden.

In Lausanne haben sich wieder einmal die Gegensätze zwischen Alliierten und Türken so verschärft, daß die Entente zu ihrem alten Mittel des militärischen Drucks zu greifen beabsichtigt.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Frankreichs „Zugeständnisse“ bei Aufgabe des passiven Widerstandes.

Paris, 18. Juni. Einer Mitteilung des „Petit Parisien“ zufolge erzählt, wie dem „Stuttg. Neuen Tagblatt“ berichtet wird, der Korrespondent der „Times“ in Brüssel Einzelheiten über die Antwort auf das englische Memorandum, die Herr Poincaré der belgischen Regierung vorgelesen hat, bekanntlich erwiderte das englische Kabinett die französische Regierung um genaue Aufklärung über die Forderung: Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Dem Korrespondenten der „Times“ zufolge führte Poincaré in seiner Antwort aus, daß die deutsche Regierung eine Proklamation veröffentlichen müsse, in der sie ihre Beamten zur Einstellung jedweden Widerstandes im besetzten Gebiet und zur Mitarbeit an seiner Verwaltung auffordere. Was den zweiten Punkt des englischen Fragebogens anbelangt: Welche Form würde die Ruhrbesetzung annehmen, wenn das Reich jeden Widerstand aufgibt? so erklärte Poincaré, daß die unsichtbare Besetzung, wie sie Frankreich am 11. und 12. Januar anlässlich des Einmarsches der französischen Truppen angewandt, die die Aufgabe hatten, die französisch-belgischen Sachverständigen zu schützen, wieder angewandt werde. Schließlich glaubt der Korrespondent aus sicherer Quelle mitteilen zu können, daß die französische Antwort in sehr entgegenkommenden Ausdrücken gehalten sei und Poincaré den lebhaften Wunsch habe, mit der englischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Weiter kündigt der „Times“-Korrespondent an, daß auf französischer Seite Neigung besteht, sich in freundschaftlichem Geiste mit Deutschland über einen gleichzeitigen Abbau des passiven Widerstandes und der Unsichtbarmachung der französischen Besetzung zu unterhalten, wenn die deutsche Regierung sich dazu entschließen könnte, in irgend einer Form deutlich zu erkennen zu geben, daß sie mit Frankreich eine derartige Unterhaltung wünscht. Eine geeignete Form für derartige Besprechungen würde die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien bilden im Austausch gegen Frankreichs Zugeständnis, einen ungehinderten Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zu gestatten. Von einem solchen Zugeständnis war bisher auf französischer Seite noch nicht die Rede. Die Meldung

muß daher in Zweifel gezogen werden. Wichtig dürfte in erster Linie sein, daß Poincaré Deutschland die einzige Abwehrwaffe, den passiven Widerstand, aus der Hand winden will. Die Erledigung des Fragebogens wird im übrigen dadurch verzögert, daß die belgische Ministerkrise noch nicht gelöst ist.

Die wahren Absichten Frankreichs im Saargebiet.

Paris, 18. Juni. Das „Echo de Paris“ bespricht heute die Saarfrage, indem es darauf hinweist, daß auf Veranlassung der englischen Regierung, der Völkerbundsrat sich in seiner am 29. Juni beginnenden Tagung mit den Handlungen der Regierungskommission in Saarbrücken beschäftigen werde. Die Engländer müßten wissen, daß sie nicht die Einzigen seien, die mit der Wendung der Dinge im Saargebiet unzufrieden seien. Auch Frankreich erkenne, daß man mit der Vergangenheit brechen müsse. Es gebe heute nur eine Stimme, um die Irrtümer der seit drei Jahren verfolgten Politik einzusehen. Man habe es nicht verstanden, die Saarländer dazu zu bringen, sich der französischen Sache anzuschließen. Man habe zu viel Nachgiebigkeit gegenüber dem Großindustriellen Köchling und den anderen an den Tag gelegt, die die Masse hätten fallen lassen und heute die antifranzösische Propaganda führten. Das Blatt weist besonders auf den Bergarbeiterstreik hin und kommt zu dem Schluß, man müsse wohl zugeben, daß die vollkommenste Politik unfruchtbar hätte bleiben müssen infolge des Regimes, das der Versailler Vertrag dem Saargebiet zuweise. Wie könne die Regierung von Saarbrücken dauerhafte und solide Arbeit leisten, wenn sie jeden Augenblick ignoriert werde und wenn sie jedes Jahr durch den Völkerbund abgesetzt werden könne? Wir wären besser daran, wenn wir — wozu uns der Versailler Vertrag berechtigt — die Bergwerke frei ausbeuten könnten, sodaß das Saargebiet sich in nichts von dem übrigen Rheinland unterscheiden würde, und wenn wir befähigt wären, in Saarbrücken durchzuführen, was wir in Mainz oder Düsseldorf machen. Eine Reform kann nicht verhindert werden.

Die Oppositionsbewegung gegen Briand.

Paris, 18. Juni. Der „Clair“ weist in einem Artikel darauf hin, daß die Tatsache, daß der ehemalige Ministerpräsident Briand sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Poincaré am Sonnabend der Abstimmung enthalten hat, eine Bedeutung habe, der Poincaré nicht entgehe. Ein Führer der Republikaner, von dem man geglaubt habe, daß er sich der Entspannung widmen wolle, schloß sich in der Kammer der Bewegung an, um nach links die Konzentration der republikanischen Kräfte durchzuführen.

Theunis mit der Umbildung des belgischen Kabinetts beauftragt.

Paris, 18. Juni. Havas berichtet aus Brüssel: Der König hat heute nachmittag den abgetretenen Ministerpräsidenten Theunis empfangen und ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Theunis hat sich die Annahme des Auftrags vorbehalten, bis er mit den politischen Persönlichkeiten verhandelt hat, mit denen er glaubt, zu einem Einverständnis über die Frage der parlamentarischen Universalität und über die Frage der Militärdienstzeit gelangen zu können.

Gegen die Abtrennung der Rheinlande vom Reich.

Eine Abordnung aller Parteien beim britischen Vertreter der Rheinlandkommission.

(Grz.) London, 18. Juni. Nach einer Meldung der „Times“ aus Köln hatte eine fünfgliedrige Abordnung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eine Unterredung mit dem britischen Vertreter der Rheinlandkommission, Piggott, die diesem darlegte, daß die Parteien nach wie vor auf dem Boden der Erklärung, die vor einigen Wochen von den rheinischen Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden gegen die Loslösung der Rheinprovinz vom Reich und gegen jede Abänderung der politischen Verfassung erlassen worden sei, stehen. Diese Erklärung werde wiederholt, weil befürchtet werden müsse, daß in England Pläne zur Einschränkung der deutschen Hoheit im Rheinland geschmiedet würden. Nach wie vor steht der Wille der rheinischen Bevölkerung, jedem Versuch einer Aenderung der politischen Verfassung der Rheinlande schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, unverändert fest. Die Zahl der Anhänger von Smeets und Dorsten mache nur einen winzigen Bruchteil der rheinischen Bevölke-

rung aus. Mit dem Beispiel Oberschlesiens, des Saargebiets und des Balkans vor Augen sei eine internationale Verwaltung oder Gendarmerie in den Rheinlanden nicht empfehlenswert. Eine Regierung durch den Völkerbund werde letzten Endes in eine Regierung von Paris auslaufen. Dasselbe würde geschehen bei einer Internationalisierung der Eisenbahnen, deren Leitung letzten Endes nach den militärischen Plänen der Franzosen sich richten würde, um das Rheinland zu einem Sprungbrett für künftige Kriege zu machen und durch besondere Tarife den rheinischen Frachterkehr von den holländischen Häfen nach Antwerpen abzuleiten. Hinter der französischen Forderung auf Sicherheiten, die durch den Versailler Vertrag genügend gewährleistet seien, stehe der alte französische Traum, im Rheinland wieder eine Herrschaft wie zur Zeit Napoleons zu errichten.

Gegen den Rheinlandplan des Engländers Spears sprach sich eine Kreiskonferenz der Kölner S.P.D. aus. Die größte Gefahr für den Weltfrieden sei nicht das entwaffnete Deutschland, sondern der französische Militarismus.

Die „Stimmung“ in Amerika.

Der „Schwäb. Merkur“ schreibt: Die Stimmung in den Ver. Staaten scheint durch die Tatsache beleuchtet zu werden, daß von den 333 Hearstblätter bei einer Rundfrage 239 sich davon überzeugt erklärten, daß Frankreich mit der Ruhrbesetzung Recht habe! So stark hat also, wie es scheint, Poincarés sorgfältiger Lügenfeldzug gewirkt, der uns als böswillige, veräummelte Schuldner hinzustellen nicht müde wurde. Es scheint wirklich, daß alle deutsche Gegenpropaganda entweder nicht richtig arbeitet oder auf taube Ohren stößt. Es wird auch behauptet, daß unser Botschafter in Washington, Wiebelski, deshalb zurücktreten wolle, weil er zur Ansicht gekommen sei, daß er auf seinem Posten gar nichts ausrichte. Etwas besser klingt aber doch der Bericht, den der neue englische Minister Lord Robert Cecil über die Reise erstattet hat, die er in den Ver. Staaten zu Gunsten des Völkerbunds gemacht hat. Er wollte die Amerikaner zum Eintritt in den Völkerbund bereden und hielt 50 Vorträge darüber, stieß aber auf Ablehnung, weil ein Völkerbund, der Gewalttaten wie die Ruhrbesetzung zulasse, statt die Streitfragen gütlich auszugetragen, offenbar etwas Unnützes sei. Das Ruhrabenteuer habe die Zuneigung zu den Franzosen außerordentlich vermindert; es gelte als Anzeichen, daß man in Paris von aller eigentlichen Versöhnungstimmung weit entfernt sei — was stimmen wird. Die Amerikaner werden durch Englands Verhalten hoffentlich in ihrer Ablehnung der französischen Vergewaltigung noch bestärkt werden. — Unsere, bisher durch Tatsachen nicht widerlegte, dafür aber durch Kenntnis der Kräftewirkungen der maßgebenden Faktoren in Amerika begründete Auffassung geht nach wie vor dahin, daß die herrschenden Kreise in Amerika kein Interesse an einer Begünstigung Deutschlands haben, das sie nach wie vor vom weltwirtschaftlichen wie weltpolitischen Standpunkt aus als gefährlichsten Gegner fürchten.

Die französische Gewaltpolitik.

Die Hungerblockade im Ruhrgebiet.

Berlin, 18. Juni. Im Laufe des Montags gestörten die Franzosen das Geleise zwischen Gelsenkirchen-Bismarck und Buer-Süd. Damit ist die letzte deutsche Eisenbahnlinie im neubesetzten Gebiete ausgeschaltet. Man hatte diesen Eingriff nicht erwartet, da auf dieser Linie die auf Grund des deutsch-holländischen Wirtschaftsabkommens zu liefernden Kohlen abtransportiert wurden.

Essen, 19. Juni. Die durch Unterbrechung der letzten Verkehrslinien im Ruhrgebiet von den Franzosen erstrebte Hungerblockade macht sich bereits bemerkbar. Bisher bestand noch die Möglichkeit, wenigstens Milch bis in die Nähe der Städte heranzubringen. Infolge Unterbrechung der Bahnstrecke Steppenbergr-Herbest-Dorsten sind gestern keine Milchtransporte in Essen eingetroffen. Soweit als möglich, werden Lebensmittel durch Kraftwagen in die großen Städte gebracht. Der Lebensmittelverbrauch ist indes sehr groß, sodaß es zweifelhaft erscheint, ob seine Deckung sich auf die Dauer wenigstens für einen wesentlichen Bezirk des Ruhrgebiets durchführen läßt. Dazu kommen Erschwerungen im Kraftwagen- und neuerdings auch im Wagenverkehr, die durch Verordnung des Generals DeGoutte bewirkt worden sind und infolge deren die Lebensmittelversorgung aufs äußerste gefährdet ist. Weiter muß auch mit einer Knappheit des Betriebsstoffes für Lastkraftwagen gerechnet werden. Bei der Besetzung der verschiedenen Bahnhöfe ist eine große Anzahl Waggons mit Lebensmitteln den Franzosen in die Hände gefallen. Die Kartoffel- und Fettversorgung hat sich erheblich verschlechtert.

ie Frage auf:
einen schönen
uns hier ehr-
te finden, die
ntel beruhet.
ht auch unsre
lt und Lehr-
s den Ver-
lenen höhere
Gesellschafts-
Züchtigungen
cht. An der
gestalten, daß
ige gibt, son-
r und besrie-
müß sich eben
Mühe machen
er Geschoben-
igere Fragen
t auch wert-
Bepapper in
ustausch mit
nen für ung-
werden, wenn
rland, Krieg,
n suchen. Im
en Tanz und
wir neu und
glings- oder
vereine nicht
ammen, aber
! Reicht die
Bast sie spü-
gendsehnucht
die, absetzt
mitziehen,
niges, leuch-
n, Calw.
Calw.
Maulbronn
umholz
zimmer
en
fast neu
hingen,
ffen,
Ar-
ben,
nicht
ses
en?
billigt
rzhelm,
le,
straße 35.

Die Nachfrage nach Kartoffeln kann bei weitem nicht voll befriedigt werden. Die Fleischversorgung des Ruhrgebiets hat unter anderem auch durch die gewalttätigen Preisfestsetzungen der wilden Kontrollkommissionen gelitten.

Zum 2. Todesurteil.

Berlin, 16. Juni. Das „Echo du Rhin“ veröffentlicht einen Bericht über die Verhandlung des Mainzer Kriegsgerichts gegen den Landwirtschaftslehrer an der Badischen Anilin- und Sodafabrik Goerges, aus dem hervorgeht, daß Goerges nicht, wie ursprünglich von französischer Seite behauptet wurde, auf frischer Tat ertappt wurde. Die Anklage stützt sich vielmehr auf einen Indizienbeweis. Nach dem französischen Blatt soll Goerges frei von jedem Zwang während der Verhandlung nochmals das Geständnis des Attentatsversuchs auf die militariserte Bahnstrecke Ludwigshafen-Schifferstadt abgelegt haben. Demgegenüber stellen die Blätter fest, daß das erste Geständnis infolge des durch unerhörte Mißhandlungen erfolgten Nervenzusammenbruchs des Angeklagten gemacht wurde und weiter, daß zwei deutsche Zeugen, die das Alibi für Goerges einwandfrei nachweisen konnten, von dem französischen Kriegsgericht nicht vernommen wurden. Uebrigens wurde der Bruder des Angeklagten von dem Verhandlungstermin so spät benachrichtigt, daß er nicht mehr rechtzeitig in Mainz eintreffen und als Entlastungszeuge auftreten konnte.

Essen, 19. Juni. Die Revisionsverhandlung gegen das Urteil im Falle Görges (Badische Anilin- und Sodafabrik in Mannheim) findet vor dem Revisionshof Düsseldorf bereits am 21. Juni statt. Die Vertretung der Revision liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Grimm-Essen.

Die Massenausweisungen.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Trier sind am 15. Juni 1923 Familien mit insgesamt 839 Köpfen ausgewiesen worden, davon aus Gerolstein 171 Familien, die übrigen aus Trier. Bei den Massenausweisungen in Trier entstand am 15. Juni ein Menschenauflauf. Die Menge wurde auf Befehl des leitenden Offiziers von Marokkanern in rohester Weise mit Kolbenschlägen auseinandergesagt. Auch die Leute, die von den Fenstern aus von den Eisenbahnern Abschied nehmen wollten, wurden mit Kolbenschlägen und mit der Schußwaffe bedroht und so gezwungen, sich von den Fenstern zurückzuziehen.

Bombenattentat auf den Schnellzug Paris-Mainz.

Mainz, 16. Juni. (Wolff.) Wie das „Echo de Rhin“ berichtet, explodierte vorgestern abend zwischen Budenheim und Ullersborn (Strecke Bingen-Mainz) eine unter die Schiene gelegte Bombe in dem Augenblick, als der D-Zug Paris-Mainz die Strecke passierte. Von der Explosion wurde der letzte Wagen des D-Zuges getroffen. Die Fenster des Wagens wurden zertrümmert, die Türen beschädigt und durch die Splitter zehn Reisende verletzt; einige mußten ins Krankenhaus verbracht werden. Vier Personen wurden unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet. Die Befehlsorgane haben infolgedessen jeden Verkehr auf dem Abschnitt an der Bahnlinie Budenheim-Heidesheim verboten. Die dort aufgestellten Wachen haben Befehl erhalten, bei Nichtbefolgung einmaligen Anrufs von der Waffe Gebrauch zu machen.

Neue unerhörte Gewalturteile.

Essen, 16. Juni. (Wolff.) Im Anschluß an die gestrigen Verhandlungen vor dem hiesigen französischen Kriegsgericht gegen eine Reihe von Zeuchendirektoren wurden heute ebenfalls wegen Nichtbefolgung der Verordnung 33 (Kohlenlieferungsbegeh) verurteilt: Generaldirektor Hein von der Gewerkschaft „Langenbrahm“ in Essen-Küttenscheid zu 5 Jahren Gefängnis und 3,6 Millionen Francs (rund 24 Milliarden Mark) Geldstrafe; Bergwerksdirektor Heinrichs von der Gewerkschaft „Zollverein“ in Katernberg zu 5 Jahren Gefängnis und 62 Millionen Francs (rund 430 Milliarden Mark) Geldstrafe; Generaldirektor Dr. Winkhaus vom Köln-Neuesener Bergwerksverein in Altenessen zu 5 Jahren Gefängnis und 62 Millionen Francs (rund 430 Milliarden Mark) Geldstrafe; Bergwerksdirektor Kiegisch von der Gewerkschaft „Bereinigte Helene“ und „Amalaie“ in Bergeborbeck zu 5 Jahren Gefängnis und 42 Millionen Francs (rund 287 Milliarden Mark) Geldstrafe; Bergwerksdirektor Kamps von den Mannesmannröhrenwerken, Abteilung Bergwerke, Essen, zu 5 Jahren Gefängnis, 30 Millionen Francs (rund 200 Milliarden Mark) Geldstrafe. Sämtliche Strafen wurden in Anwesenheit der Angeklagten verhängt.

Eine sozialdemokratische Delegiertenkonferenz für Fortführung des passiven Widerstands.

Berlin, 18. Juni. Im Bezirk Dortmund-Hörde fand am Sonntag eine Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt, die zur Ruhrbesetzung eine Entschlieung annahm, in der es heißt: Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die zahlreichen Verhaftungen, Ausweisungen und Erschießungen deutscher Einwohner, gegen die Abschnürung des Verkehrs und gegen die Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit. Die Versammlung gelobt, in diesem Kampf nicht nachzulassen, bis die Zurückziehung der französisch-belgischen Truppen erfolgt ist. Von der Regierung wird gefordert, daß sie keine Gelegenheit zu einer Verständigung verpaßt und alles tut, um die Leiden der Ruhrbevölkerung zu mildern.

Zur auswärtigen Lage.

Gegen heuchlerische polnische Beschuldigungen.

Berlin, 19. Juni. Die polnische Regierung richtete an Deutschland eine Note, worin sie sich wegen der Landtagsrede des preussischen Ministerpräsidenten beschwert und zwar wegen des gegen Polen erhobenen Vorwurfs der Intolleranz. Die polnische Regierung glaubt, daß diese Erklärung von einer feindlichen Gesinnung oder einer offensibaren Aggressivität Deutschlands zeuge.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentl. Rechts (Kirchengemeinden, Krankenkassen etc.) werden auf die Bekanntmachung des Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Pensionskasse für Körperschaftsbeamte vom 8. Juni 1923 — Staatsanz. No. 135 — hingewiesen, mit dem Ersuchen, die sie betreffenden Umlageanteile a l s b a l d unter Benützung der im Staatsanzeiger genannten Konten zuzuführen.

Calw, den 14. Juni 1923.

Oberamt: G ö s.

Bekanntmachung

betr. Neufestsetzung der Ortslöhne gem. § 149 R.W.O.

Durch Erlaß des Oberversicherungsamtes vom 2. Juni 1923 sind die Ortslöhne für den Amtsbezirk Calw mit Wirkung vom 4. Juni 1923 an, wie folgt, neu festgesetzt:

unter 16 Jahren	16—21 Jahren	über 21 Jahre	
männlich	M 3360	5460	6720
weiblich	M 2520	3360	4200

Calw, den 15. Juni 1923.

Versicherungsamt: B ö g e l, Amtmann.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Deutschland wird sich eine derartige Unterstellung energisch verbitten müssen. Deutschland hat die Uebergriffe des polnischen Chauvinismus mit wahrer Lammesgebild ertragen und hat kein Versuchen fehlen lassen, zu einem gültigen Einvernehmen mit dem polnischen Nachbar zu gelangen. Auf der Gegenseite hingegen hat man bisher auf die deutschen Gefühle und Interessen nicht die geringste Rücksicht genommen, sobald die Neujerungen des preussischen Ministerpräsidenten nur zu berechtigt waren.

Die englisch-russischen Beziehungen.

Paris, 18. Juni. Der „Matin“ veröffentlicht eine Depesche aus London, in der es heißt: Man schreibt der Sowjetregierung die Absicht zu, bei der britischen Regierung zu sondieren, um zu einer allgemeinen Regelung zwischen Großbritannien und Rußland zu gelangen, die die volle Anerkennung des augenblicklichen Regimes in Rußland in sich schließen solle. Die Regierung von Moskau stehe bei diesem Verlangen auf dem Standpunkt, daß die Fragen, die bis jetzt Rußland und Großbritannien von einander trennten, geregelt sei. — Das glauben weder die Bolschewiken, noch glaubt es in England jemand. Aber möglich wäre ein solches Abkommen aus taktischen Gründen auf beiden Seiten immerhin.

Bermischtes.

Wiederausbruch des Aetna.

Neapel, 18. Juni. In der Nacht zum Sonntag brach nach heftigen Erdschütterungen der Aetna aus. Es bildeten sich fünf Krater, woraus ungeheure Lavamassen sich ergossen. Die nahen Wälder von Lingua Gliffa wurden bereits ein Opfer des Lavastroms. Der Lavastrom bewegt sich in drei Richtungen: gegen Lingua Gliffa, gegen die Ansiedelungen von Bafio, Tejjano zur Lavalagerung des Jahres 1911. Auch Mensa und Pressa sind von dem Lavaström bedroht. Die Einwohner der bedrohten Ortschaften sind von Panik befallen und flüchten.

Zum Tode des gestürzten bulgarischen Ministerpräsidenten.

Paris, 18. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Erektor“ in Sofia meldet noch über den Tod Stambolinskis: Die Soldaten, die ihn verfolgten, hatten nach der Angabe der Regierung 15 Tote. Der Leichnam des ehemaligen Ministerpräsidenten sei in der Donnerstag Nacht an der Stelle der Tat gelassen worden. Die Volksmenge hätte ihn angepöbeln und trotz der Waache beschmutzt. Der Kriegsminister, den man von dieser Tatsache verständigt habe, habe telephonisch den Befehl erteilt, Stambolinski an der Stelle der Tat zu beerdigen, was am Samstag nachmittag geschehen sei. In der Villa von Stambolinski habe man 711 000 Schweizerfranken, 150 000 französische Franken, 15 000 tschechische Kronen und einen Plan zu einem Staatsstreik aufgefunden. König Boris hätte abgelehnt werden sollen, und man sollte die Republik mit Stambolinski als Bauernndiktator ausrufen. Der ehemalige bulgarische Gesandte in Prag, Duskalow, hätte Ministerpräsident werden sollen.

Das Ausland und die deutsche Wissenschaft.

ep. Auf dem Jubiläumskongreß der Niederländischen orthopädischen Vereinigung, der unlängst stattfand, bildete der hochentwickelte Stand der deutschen Krüppelfürsorge, über den der auch in charitativen Kreisen rühmlich bekannte Professor Wiesalski vom Oskar-Heleneheim in Berlin-Dahlem berichtete, den Gegenstand besonderer Bewunderung. — Wie deutsche Geistesarbeit auch heute noch im Ausland gewertet wird, beweist ferner die Tatsache, daß die Technische Hochschule in Berlin zur Zeit von 500 japanischen Studenten besucht wird.

Das Schicksal der blinden Passagiere.

Newyork, 14. Juni. In dem aus Havanna in einem amerikanischen Hafen eingetroffenen Dampfer „Santa Theresa“ sind von neun blinden Passagieren, die sich in den Kohlenbunkern verborgen hatten, fünf erstickt. Die übrigen vier wurden der Einwanderungsbehörde übergeben; zwei davon sind ernstlich erkrankt.

Deutschland.

Die Gewerkschaften zur Teuerung.

Berlin, 18. Juni. Die Gewerkschaften richteten an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben, worin auf die gegenwärtigen

schweren wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft hingewiesen und betont wird, daß Schritte zur Vinderung der Notlage unternommen werden müßten. Es wurden zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem Reichsarbeitsminister die mit der gegenwärtigen Teuerung zusammenhängenden Fragen in einer Besprechung erörtert, in der auch zu dem Problem Stellung genommen wurde, das innerhalb der Gewerkschaftskreise den Hauptberatungsgegenstand bildet, nämlich die Schaffung wertbeständigen Lohnes. In Gewerkschaftskreisen erklärt man, daß unbedingt durch Schaffung eines Reallohnes der zunehmenden Geldwertverwertung entgegen zu wirken ist, um die Arbeiterschaft auf diese Weise zum mindesten in den Besitz eines Existenzminimums zu bringen. Auf welche Weise das Ziel erreicht werden soll, steht noch nicht fest. Der große Ausschuß der Gewerkschaften nimmt am Freitag in einer Sitzung zu der Frage Stellung. Am Sonnabend sollen Beratungen innerhalb der zentralen Arbeitsgemeinschaft stattfinden. Die Reichsregierung richtete an die Gewerkschaftskommission ein Schreiben, worin erklärt wird, daß sie sich die mit der Teuerung zusammenhängenden Fragen weiter angelegen sein lasse. Das Reichsarbeitsministerium wünsche, daß die Fragen von den Gewerkschaften weiter verfolgt werden. Der Reichskanzler müsse sich jedoch auf Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen beschränken und könne sich in keinerlei Besprechungen mit den Unterorganisationen einlassen. Im Reichsarbeitsministerium wurde den Gewerkschaften zugestanden, daß zunächst die Ermittlung der Indexziffer in kürzerer Frist als bisher erfolgen soll. — Zu den Blättermeldungen über eine angebliche Generalkstreikgefahr in Berlin wird von Gewerkschaftsseite erklärt, daß obwohl infolge der gegenwärtigen Verhältnisse naturgemäß eine Beunruhigung unter der Arbeiterschaft bestehe, die Nachrichten vom Generalkstreik jeder Grundlage entbehren.

Teuerungskundgebungen.

Berlin, 17. Juni. Am Samstag nachmittag kam es in einigen Berliner Stadtteilen zu Teuerungskundgebungen. Verschiedene Redner forderten die Demonstranten auf, eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise in den umliegenden Lebensmittelgeschäften zu erzwingen. Rechtzeitig herbeigerufene Schutzpolizei konnte die Demonstranten ohne Zwischenfälle in die Seitenstraßen abdrängen. — Ueber Brandenburg wurde der sogenannte kleine Belagerungszustand verhängt, d. h. die Schutzpolizei befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft. Die Streikenden, deren Bewegung zunächst wirtschaftlicher Art war, stellen jetzt auch politische Forderungen, so u. a. die auf Bildung proletarischer Hundertschaften. Die Potsdamer Schutzpolizei, die um Hilfe angerufen wurde, beorderte eine Hundertschaft nach Brandenburg. Die Arbeiterschaft ist sichtlich durch rabidale Elemente beeinflusst. Der Ausruf des Magistrats an die besonnene Arbeiterschaft, wieder in die Betriebe zurückzukehren, blieb bisher erfolglos. Bei einem gestern nachmittag erfolgten Zusammenstoß in der Hauptstraße wurde einer der kommunistischen Rädelsführer durch einen Schuß schwer verletzt.

Berlin, 17. Juni. Die „Montagpost“ meldet aus Brandenburg, daß der Sonntag ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen ist. Die angekündigten Demonstrationen der streikenden Industriearbeiter wurden durch schlechtes Wetter stark beeinträchtigt. Nachdem die Fabrikanten die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden bewilligt haben, forderten die Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Auf Wunsch der Streikenden hat die Polizei gestern ein allgemeines Alkoholverbot erlassen.

Die bevorstehenden neuen Postgebühren.

Berlin, 18. Juni. Der Postauschuh des Reichstags hat eine Entschlieung sämtlicher Parteien angenommen, wonach die Regierung bei Erhöhung der Telegraphengebühren in der nächsten Vorlage auf die Not der Presse und die Notwendigkeit der Erhaltung des Nachrichtendienstes für die Öffentlichkeit gebührend Rücksicht nehmen soll. Ferner wurden die neuen inländischen und ausländischen Postgebühren angenommen. Die Gebührensätze für den einfachen Fernbrief werden darnach von 100 Mark auf 300 Mark erhöht. Die gleiche Erhöhung erfolgt für die übrigen Briefgebühren. Der bisher niedrigere Gebührensatz für Ansichtskarten (Vorderseite 5 Worte) wurde beibehalten. Für Pakete ist die Erhöhung mäßiger gehalten. Der Höchstbetrag für Postanweisungen wird in Anpassung an die Geldwertverwertung auf 500 000 Mark erhöht. Die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief wird von 300 auf 800 Mark erhöht, diejenige für die Auslandspostkarte auf 480 Mark, für die Auslandsdrucksache auf 160 Mark. Als Grundgebühr für jedes Ferntelegramm wurden 400 Mark, Vorkostengebühr 200 Mark, für Orts- und Pressetelegramme 200 Mark Grundgebühr und 100 Mark Vorkostengebühr festgesetzt. Der Teuerungszuschlag für Fernspreckgebühren wird von 2900 Mark auf 14 900 Mark erhöht.

Die Frage der Rechtmäßigkeit

der bayrischen Volksgerichte.

München, 18. Juni. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß das Amtsgericht Hamburg dem Volksgericht München I die verlangte Rechtshilfe verweigerte, weil die bayrischen Volksgerichte keine rechtmäßigen Gerichte seien. Auf eine Beschwerde wies das hantseatische Oberlandesgericht in Hamburg das Amtsgericht Hamburg an, so meldet die halbamtliche Korrespondenz Hoffmann, dem Ersuchen des Volksgerichts München um Rechtsbeihilfe zu entsprechen. — Derjelbe Streit besteht bekanntlich auch zwischen Sachsen und Bayern.

Reichstag.

Berlin, 16. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung beglückwünscht Präsident Loebe die Abgeordneten Dietrich (Deutschnat.) und Herold (Zentr.) anlässlich der 25jährigen Wiederkehr des Tages, an dem die beiden Abgeordneten in den Reichstag eintraten, und begrüßt dann den aus Frankreich zurückgekehrten Abg. Höllein (Komm.), der für seine Ueberzeugungsförsolautagen und Kränkungen von einer Regierung habe er-

... müssen, die sich die Regierung der allgemeinen Menschenrechte nenne. Darauf werden debattelos endgültig verabschiedet ein Antrag aller bürgerlichen Parteien auf Einrichtung einer Reichsbeschaffungs- und Verteilungsstelle, die Novelle zum Umsatzsteuergesetz, die die Befreiungsgrenzen von der Inzertensteuer, der Geldentwertung entsprechend heraufgesetzt, ein Gesetz, wonach eine wertbeständige Anlegung von Mündelgeldern zulässig ist, sowie die Vorlage betreffend die Verlängerung des Weinsteuergesetzes bis April 1924. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird in der Einzelberatung bei § 13 fortgesetzt. — Es entspinnt sich eine ausgedehnte Debatte, die sich um die Frage der Bestrafung der Prostitution dreht. Neben einem Antrag des Ausschusses liegen hierzu noch verschiedene andere Anträge vor. Letztere werden schließlich abgelehnt und der Ausschussantrag angenommen, wonach bestraft wird, wer gewohnheitsmäßig zum Zwecke des Erwerbs die Prostitution ausübt in der Nähe von Kirchen, Schulen oder anderen Wohnungen oder in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. — Auch der Rest der Vorlage wird im Wesentlichen nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Heimarbeiterlohngesetzes, die die Einrichtung von Lohnämtern zur Festsetzung der Heimarbeiterlöhne vorsieht. Nach einer kurzen Begründung der Vorlage durch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wird diese in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen und zwar einstimmig und debattelos, um, wie Abg. Esser (Zen.) erklärt, der Abg. Frau Behm (Dn.), der Vorkämpferin für eine Besserstellung der Heimarbeiter, den Dank für ihre Lebensarbeit abzustatten. Nach Ueberweisung des Schankstättengesetzes an den bevölkerungspolitischen Ausschuss vertagt sich das Haus auf Montag nachm. 3 Uhr.

Ueberlastung des Telegrammverkehrs.

Berlin, 16. Juni. Infolge des durch die Marktentwertung verursachten lebhaften Bank- und Börsenbetriebes und des Ausfalls einer Reihe von wichtigen Beförderungsmöglichkeiten infolge des Ruhreinbruchs ist der Telegrammverkehr in den letzten Tagen so stark angeschwollen, daß er mit dem verfügbaren Personal und den Betriebsmitteln nicht überall ohne Verzögerung abgewickelt werden kann. Wesentlich trägt dazu bei, daß viele Absender ihre Telegramme in Mengen bis zu vielen Tausenden auf einmal und erst spät in der Nacht ausliefern.

Aufklärung eines Millionendiebstahls.

Berlin, 17. Juni. Der Berliner Kriminalpolizei gelang es nunmehr, den 50 Millionendiebstahl aufzuklären, der Anfangs Mai in der Reichsdruckerei ausgeführt wurde. Als Täter wurden zwei junge Burshen, die als Zähler und Transportarbeiter beschäftigt waren, verhaftet. 19 Millionen Mark Bargeld wurden wieder gefunden.

Die Folgen der Ueberfüllung des ärztlichen Berufs.

Berlin, 18. Juni. In das Berliner Leichenschauhaus eines Berliner Vororts sind gestern nacht innerhalb sechs Stunden vier Selbstmörder eingeliefert worden, zwei praktische Ärzte und zwei Kandidaten der Medizin.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. Juni 1923.

Beerdigung von Oberamtsgeometer Bühner.

Der Verstorbene, einer unserer angesehensten und beliebtesten Mitbürger, hat das hohe Alter von 84 Jahren erreicht und ist gestern zur letzten Ruhe bestattet worden. Durch seine langjährige Amtstätigkeit als Oberamtsgeometer ist er im ganzen Be-

... wohl bekannt gewesen und in der Stadt jedrt er durch seine Anteilnahme an dem öffentlichen Leben lange Zeit im Vordergrund verschiedener Gesellschaften gestanden. Er war ein großer Verehrer der Musik, ein Freund des heiteren, geselligen Lebens, ein trefflicher und liebenswürdiger Charakter und ein guter deutscher Mann. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger wurde er zu zahlreichen Ehrenämtern berufen. Lange Jahre bekleidete er das Amt eines Gemeinderats. Durch sein offenes, gerades Wesen, durch seine strenge Unparteilichkeit und sein starkes Gerechtigkeitsgefühl erwarb er sich die Achtung aller Kollegen, die mit ihm auf dem Rathause wirkten. Sein angenehmer Humor und sein friedliebendes Wesen zeigten ihm den Weg, die Wogen der Meinungen zu glätten und die Verhandlungen auf das richtige Geleise zu bringen. Mit großer Liebe und Umsicht verwaltete er die Stiftungspflege und viele Arme sind in seinem Hause aus- und eingegangen und haben Trost und Hilfe geholt. Die Bürgergesellschaft, deren langjähriges Ausschuhmitglied und Vorstand er gewesen war, hat ihm außerordentlich viel zu verdanken; in Anbetracht seiner großen Verdienste wurde er beim Rücktritt von der Leitung der Gesellschaft zum Ehrenvorstand ernannt. Nun ist die schöne, stattliche Erscheinung, der aufrichtige Freund und der liebe Mann nicht mehr; der unerbittliche Tod hat auch ihn zur Beute gefordert. Eine große stattliche Versammlung umstand das Grab des teuren Entschlafenen. Die tief empfundene Grabrede hielt Dekan Zeller. Kränze wurden niedergelegt von Oberamtsgeometer Spielfhofer im Namen der Geometer des Bezirks und von dem Vorstand der Bürgergesellschaft, Verwaltungsaktuar Staudenmeyer, im Namen dieser Gesellschaft. Mit dem Lieblingslied des Entschlafenen „Der Pilger aus der Ferne“ fand die erhabene Feier ihren Abschluß.

Bach-Beethoven-Brudnermusikfest in Pforzheim.

Die Vorbereitungen zu dem unter Musikdirektor A. Fauts Leitung und unter Beteiligung des durch Mitglieder des Neuert'schen Frauenchors, des Männergesangsvereins und des gesamte „Wurzel“-Quartett bedeutend verstärkten gemischten Chores des evang. Kirchengesangsvereins und des Orchesters des O.-B. P. und unter Hinzuziehung allererster Vokal- und Instrumentalisten in der letzten Juniwoche stattfindenden Fest schreiten rüstig fort. Dasselbe wird drei Konzertveranstaltungen umfassen, ein geistliches Konzert in der Stadtkirche, das wegen der großen Mitgliederzahl der beiden genannten Vereine zweimal gegeben werden muß, und zwar am 25. und 26. Juni, einen Kammermusikabend im Saalbau am 27. und ein weltliches (Orchester-)Konzert am 29. oder 30. ebenfalls im Saalbau. Zu dem geistlichen Konzert, bei dem auch ein Mädchen- und Knabenchor mitwirkt, konnten bereits Frau Professor Luise Lobstein-Wirz, die ganz hervorragende Heidelberger Sopranistin und Oratorienfängerin, die auch in Pforzheim rühmlichst bekannt ist, und ferner der zur Zeit populärste, glänzende Konzerttenor Alfred Wilde, Berlin, wie auch der höchsten Anforderungen genügende Bassist Professor Ed. Erhard, München, gewonnen werden. Mit einer ersten Mitteln sind gegenwärtig Unterhandlungen noch im Gang. Angesichts der auf Künstler von solchem Rang gefallenen Wahl stehen die auf dem Programm des geistlichen Konzerts stehenden beiden Bach-Kantaten „Macht auf, ruft uns die Stimme“ und „Wie schön leuchtet der Morgenstern“ und Brudners wundervolles Te Deum sicherlich zu ganz besonders eindrucksvoller Wiedergabe gelangen, nachdem auch für die Solo-Violinpartien dieser Werke in Konzertmeister Ottomar Voigt vom Landestheater-Orchester in Karlsruhe ein bekannter sehr guter Geiger verpflichtet worden ist. Ganz besonders glanzvoll ist sodann auch der Kammermusikabend in Bezug auf die ihn bestreitenden solistischen Kräfte bedacht worden. Neben dem Wendling-Quartett (mit einem 2. Bratscher), das man in Anbetracht

... seines in keiner Beziehung zu überragenden Spieles gar nicht oft genug hören kann, ist in der Person Professor Mag von Bauers, Stuttgart, einer unserer allerersten Pianisten gewonnen worden, der als ganz besonders feinsinniger Bach- und Beethoven-Interpret in weitesten Kreisen bekannt ist und demgemäß geschätzt wird. In dem Bach'schen 5. Brandenburger Konzert, bei dem dieser Künstler und Professor Wendling den Klavier- und Violin-Solopart befreiten, wird außerdem Kammermusiker Karl Spittel vom Landestheater-Orchester Karlsruhe die Soloflöte blasen. Ein mit Bedacht aus Mitgliedern des O.-B. P. zusammengestelltes Kammer-Orchester stellt die Begleitung zu diesem reizvollen Werk, das an Sanssouci und die Zeiten des alten Fritz erinnert. Ein Beethovensches Streichquartett, eine seiner Klavier-Sonaten und Brudners Streichquintett vervollständigen das Programm des Kammermusik-Abends. Das weltliche (Orchester-)Konzert, das ausschließlich Beethoven zu Wort kommen läßt, beginnt mit der so selten zu hörenden außerordentlich wirkungsvollen Ouvertüre „Zur Weihe des Hauses“, der das Violin-Konzert folgt, und schließt mit der fünften Symphonie, jener wohl gewaltigsten der symphonischen Schöpfungen des Meisters. Aus allem geht somit hervor, daß die maßgebenden Stellen keinerlei Mühe und Arbeit gescheut haben, um dem großzügig angelegten musikalischen Unternehmen eine ganz besondere Note zu verleihen, kraft derer selbst sehr verwöhnte Konzertbesucher auf ihre Rechnung kommen werden.

Die Frage der Durchführung der Kleinrentnerfürsorge.

Eine Eingabe des Rentnerbundes wegen Durchführung der Kleinrentnerfürsorge beschäftigte den Finanzausschuß insofern als die von der Staatsregierung zu fordernden Mittel genehmigt werden sollen, um die Hälfte des nicht vom Reich gedeckten Aufwandes für Kleinrentner zu tragen. Der Staat möge den Amisörperschaften den Zuschuß aber nur gewähren, wenn die Fürsorge in den Händen der freien Wohlfahrtspflege bleibe. Der Minister des Innern erklärte, die sachlichen Kosten würden nicht auf das Land übernommen, die Fürsorge sei den Amisörperschaften zu überweisen. Neben der Rechten und der Mitte sprachen für die Aufrechterhaltung der freiwilligen Liebestätigkeit und der ehrenamtlichen Tätigkeit durch die örtlichen oder Bezirkswohlfahrtsvereine. Sozialdemokratie und Demokratie waren für eine Entschädigung. Angenommen wurde ein Antrag Mähler, die Durchführung der Fürsorge den Amisörperschaften unter Mitwirkung der Zentralleitung für Wohltätigkeit und der freien Wohlfahrtspflege zu übertragen.

Der kalte Juni.

Der hl. Beit hat am 15. Juni das Häfelle nicht verschüttet. Der Tag war wie eine Dase in der Wüste, warm und trocken, aber seither regnet es wieder wie vorher. Man macht sich nachgerade Sorge nicht bloß um die Heuernte, sondern um den Gesamtertrag des Jahres. Die Tatsache, daß die Temperatur sich andauernd fast 10 Grad unter dem Jahresdurchschnitt hält und daß in der zweiten Hälfte des Juni im Schwarzwald und auf der Alb noch Schneefälle vorkommen, ferner daß der Bauer, wenn er einmal nach einer trockenen Nacht morgens seine Wiesen und Felder besichtigt in den hochgelegenen Teilen des Landes einen Reif vorfindet, das alles erinnert in bedenklicher Weise an das Hungerjahr 1816-17, unter dem unsere Altvordern schwer zu leiden hatten, weil es wegen Kälte und Nässe zu einem völligen Mißjahr sich gestaltete. In den Kirchen hat man bereits begonnen, während der Gottesdienste um eine Besserung des Wetters zu beten.

Ein Fehljahr für die Imker.

Die Ausichten für ein gutes Bienenjahr, die Anfang Mai vorhanden waren, sind infolge des nachkalten Wetters der letzten

84

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

Klaudine lehnte fassungslos an der Tür; der Herzog trat zu ihr und fragte leise und besorgt: „Phantasiert Ihre Hoheit?“

Klaudine, der Verzweiflung die Brust zu zerprengen drohte, preschte den schluchzenden Schrei, der sich ihr entringen wollte, mit dem Tuch zurück und wankte in das Nebenzimmer.

Er folgte ihr ängstlich. „Was ist geschehen?“

Die Augen der Kranken richteten sich auf die Tür, durch welche jene beiden verschwunden waren. Der ganze furchtbare, gewaltig zurückgedrängte Schmerz durchströmte sie und verzerrte ihre armen Gedanken. Sie lag mit geballten Fäusten und glühenden Augen. Wie, nicht einmal der Sterbenden wollte sie bekennen? Und sie hatte es so gut gemeint — sie wollte in ihrem letzten Willen bestimmen, daß sie sich angehören sollten, die beiden, für das Leben. Das sollte die Rache sein für ihr gebrochenes Glück. Und sie, sie — welsch ein Abgrund von Schleichigkeit mußte dieses Geschöpf in sich bergen, das auch jetzt noch den Himmel anrief als Zeugen seiner Unschuld!

Eine wahnsinnige, erstickende Angst legte sich auf ihre schmerzende Brust. Ihr Gemahl kam eben wieder herein; er trat an das Fußende des Bettes und blickte sie seltsam forschend an. Klaudine, die sich gewaltig gefast hatte, trug ein Glas in der Hand. „Trinke, Elfhabet“, bat sie, während sie sich niederbeugte und ihren Arm unter den Kopf der Kranken schob. „Trinke, dir ist so heiß — es sind die Tropfen, die dir immer so gut bekommen.“

Bewegungslos lag die Herzogin, mit fest zusammengepreßten Lippen. Ihre großen Augen hingen mit unheimlicher Starrheit an dem blassen Gesicht des Mädchens und wanderten zu ihrem Gatten hinüber. Das Glas in Klaudines Hand begann zu zittern. „Oh, trinke doch!“ bat sie mit verjagender Stimme.

Dann ein schriller Aufschrei, und das Glas ward aus Klaudines Hand geschleudert.

„Gibt!“ schrie die Herzogin gellend und richtete sich im Bette

hoch mit dem Ausdruck einer Wahnsinnigen, die Hände verzweiflungsvoll ausgestreckt. „Gibt! Hilfe!“ — „Geht es euch denn noch nicht schnell genug?“

Dann sank sie erschöpft zurück und ein erneuter Blutsturz überflutete das weiße Gewand und das Bett.

Klaudine, die in die Knie gesunken war, sprang empor; auch sie sah aus wie eine Irrennige. Mit übermenschlicher Kraft nahm sie sich zusammen, ging zur Glocke und half dann die Kranke emporrichten und an die Brust des Herzogs lehnen, in dessen bleichem Gesicht eine tiefe Erschütterung sich ausprägte.

„Liesel“, murmelte er, „aber Liesel — großer Gott!“

Sie lag mit geschlossenen Augen wie eine Sterbende.

Und nun ward es lebendig im Zimmer. Mit besorgter Miene stand der alte Medizinalrat vor der Patientin; dann sah er nach der Uhr, fühlte den matten Pulsschlag und schüttelte den Kopf. „Am neun Uhr kann er hier sein, Hoheit“, flüsterte er der weinenden Herzoginmutter zu, „doch — bis dahin — nur Ruhe jetzt, Ruhe, keine Angst zeigen. Es ist am besten, Hoheit bleiben in der gewohnten Umgebung; ich werde mich einweilen im Nebenzimmer aufhalten.“

„Klaudine!“, flüsterte die Kranke, „Klaudine!“

Die Herzoginmutter sah sich um nach der Gerufenen; sie war verschwunden. In ihrer Angst ging die alte Dame auf den Korridor hinaus und fragte nach dem Zimmer des Fräuleins von Gerold. Aber die Tür war verschlossen und drinnen regte sich nichts.

Klaudine war zusammengebrochen in ihrer Stube; einen klaren Gedanken hatte sie nicht mehr. — Dahin war es gekommen, dahin? Die Welt hielt sie für eine Gesunkene, für die Geliebte des Herzogs — sein eigenes Weib starb in diesem Wahne!

Oh, diese törichte Vermessenheit ihres wahnsinnigen Stolzes! Und wenn sie die Sterne vom Himmel herunterholen könnte als Zeugen ihrer Keuschheit — niemand würde ihr glauben, niemand, die Sterbende nicht und die Lebenden nicht, und jener eine nicht, den sie zurüchlich, als er sie warnt! Gott allein wußte es, daß

sie rein, aber Gott tut keine Wunder mehr. Verloren! Verloren! — Der Schandfleck ihrer Familie war sie geworden, das ganze Land würde mit Fingern auf sie weisen: „Seht, seht, das ist die e, um derentwillen unserer armen Fürstin das Herz brach!“

Wer sollte sie retten? Der Herzog? — Er konnte nicht für sie in die Särranten treten; sie hätten alle getan, als ob sie ihn glaubten, und hätten gelacht hinterher. — Barmherziger Gott was tat sie den Menschen, daß man sie haßte, so bitter haßte?

Wenn sie sterben könnte! Sie nähme damit den Schimpf nicht von sich, aber sie wäre doch tot, sie würde nichts mehr fühlen. Sie dachte und dachte; der kleine Weiher dort unten im Park — sagte eine Stimme in ihr. Es ist so still dort und so kühl — kühl. Dort fände man sie dann vielleicht, und die Menschen würden sagen: „Sie hatte doch noch Ehrgefühl, diese Klaudine, sie konnte nicht leben mit der Schuld auf dem Herzen!“ Und nur einer vielleicht würde sprechen, wenn er an den Sarg trat: „Meine Schwester, mein reiner, stolzer Liebling — ich glaub an dich!“

Und dort drüben in Neuhaus würde ein kleines, dunkles Mädchen seinen Kopf an die Schulter des schönen Mannes lehnen und eine süße Stimme würde sagen: „Was geht es mich an, Lothar, daß eine deines Stammes auf den Namen Gerold Schande häuften? Vergiß es, ich liebe dich dennoch!“

Ein paar harte Schläge an die Tür ließen sie emporschnellen. „Fräulein von Gerold“, rief gedämpft die spitze Stimme des Fräuleins von Böhlen, „die Herzoginmutter erwartet Sie!“

Mechanisch schritt sie hinaus, vergessend, daß ihr das Haar gelöst auf den Rücken herabhing und die goldigen Strähne ihr über die Stirn fielen; vergessend, daß sie nur in dem losen Hauskleide war. Wie eine Irre trat sie ein in das noch nicht erhellte Gemach, auf dessen buntem Teppich der Mondschein in zwei breiten schimmernden Streifen lag.

„Klaudine!“ Klang es mild vom Fenster her.

(Fortsetzung folgt.)

Wochen gänzlich zu Wasser geworden. Die Zimter in Frühtrachtgegenden, bei denen mit der Heuernte auch die Honigtracht zu Ende ist, stehen vor einer großen Null und auch die Hoffnung der Waldzimter ist, wenn nicht bald anhaltend warme Witterung eintritt, gering. Die angefallenen Schwärme und teilweise auch die Muttervölker müssen gefüttert werden, um dieselben vor dem Hunger zu retten. Die Zimter sind gezwungen, die ihnen für die Herbstfütterung zugewiesene geringe Zudermenge schon jetzt zu verfüttern, sie werden deshalb, wenn ihnen für die Einwinterung nicht noch mehr Zucker zugeteilt wird, genötigt sein, ihre Völkerzahl auf ein geringes Maß zu reduzieren. In Anbetracht dieser trüben Ausichten und des großen Aufwands für Zucker usw. hat der Ausschuß des württ. Landesvereins für Bienenzucht in seiner letzten Sitzung den Honigpreis auf das Schafe des jeweiligen Zuckerpreises festgesetzt. Unter Zugrundelegung des heutigen Zuckerpreises würde demnach der Preis für 1 Pfund Bienenhonig 8000 Mark betragen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Der Luftdruck über Süddeutschland beginnt langsam wieder zu steigen, aber die Störungen im Norden sind noch nicht ausgeglichen und verursachen immer noch nordwestliche Winde. Am Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig Aufheiterung, aber noch keine allgemeine Wendung zu Schönwetter zu erwarten.

(EGB) Nagold, 18. Juni. Bei der Stadtschultheißenwahl wurde Stadtschultheiß Maier mit 1460 von 1478 Stimmen wiedergewählt.

(EGB) Tübingen, 18. Juni. Im Sommerhalbjahr 1923 sind an der Universität 2925 Studierende immatrikuliert, darunter 227 Frauen gegenüber 3180 im Sommersemester 1922 und 2513 im Wintersemester 1922-23. Am stärksten besucht ist die rechtswissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät mit zusammen 953 Studierenden. Von den Studierenden sind 1331 Württemberger, 1185 Reichsdeutsche, 182 Ausländer, von den Frauen 98 Württemberger, 116 Reichsdeutsche, 13 Ausländer.

(EGB) Tübingen, 18. Juni. Im Juweliergeschäft von A. K. Kohl in der Milchstraße ist in der Nacht zum Sonntag ein Einbruch verübt worden. Die Diebe drangen vom Desterberg aus in den Laden ein und machten eine Beute an Schmuckstücken im Wert von ungefähr 80 Millionen Mark. Ein offenbar versuchter Einbruch in die Werkstätte mißlang. In der Fischauerstraße warfen die Einbrecher einige weniger wertvolle Gegenstände weg, im übrigen fehlt von den Tätern noch jede Spur.

(EGB) Mechingen, 18. Juni. In der vergangenen Woche wurde bei dem Viehhändler Gotthilf Stär ein Einbruch verübt. Die Diebe bemächtigten sich einer Geldkassette, die außer Gold- und Silbermünzen noch Papiergeld, Schecks und Sparkassenbücher im Wert von 2 1/2 Millionen Mark enthielt. Die Täter, zwei junge Burschen von hier, begaben sich dann nach Neulingen, verkauften dort die Gold- und Silbermünzen, kleideten sich neu und fingen ein Herrenleben an, das indessen nicht allzu lange dauerte. Sie wurden in einem Café in der Tübingerstraße aufgegriffen und festgenommen. Es sind der 19 Jahre alte Ernst Kofuß und der 18 Jahre alte Ludwig Schmidt. Bei Kofuß fand man noch etwas über 1,2 Mill., bei Schmidt etwas über 1/2 Million Mark.

(EGB) Tuttlingen, 18. Juni. Das am kommenden Sonntag hier stattfindende 10. Südd. Radfahrer-Bundesfest scheint eine ungeahnte Bedeutung und Ausdehnung anzunehmen. Angemeldet sind bis jetzt 86 Vereine mit ca. 6000 Radlern. Der Festzug, der den Glanzpunkt der ganzen Veranstaltung bilden soll, wird eine Länge von 5-6 Kilometern einnehmen. Den Siegern winken etwa 350 Preise im Wert von 5-6 Millionen M. Im Stadtgarten, der als Festplatz dient, sind Tische und Bänke für 12 000 Personen aufgeschlagen.

(EGB) Durchhausen O. Spachingen, 18. Juni. Die Gemeinde verkaufte einen im Distrikt Teisenwald befindlichen Riesenstamm, der jedoch noch keiner der größten ist, die in diesem Waldteil stehen, um die ansehnliche Kaufsumme von 4771 837 M 40 Pfg. Käufer ist die Firma Matth. Hohner AG. in Trossingen.

(EGB) Tettmang, 18. Juni. Berufung eingelegt hat Fräulein Adele Juels in Hamburg als Bevollmächtigte des Propheten Häußer, der kürzlich vom Schöffengericht Tettmang wegen Beleidigung eines seiner Richter zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die Tragikomödie wird also eine Neuaufgabe vor der Strafkammer Ravensburg erleben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 153 288 M, der Schweizer Franken auf 26786 M.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(EGB) Stuttgart, 18. Juni. Das außerordentlich starke Ansehen der Devisenkurse bewirkte bei lebhafter Nachfrage eine

festen Tendenz. Andererseits finden Abgaben in solchen Papieren statt, die in letzter Zeit besonders gewonnen haben. Bankaktien fest: Württ. Hypotheken 8000 (+ 2950), Württ. Notenbank 65 000 (+ 5000), Württ. Vereinsbank 33 000 (+ 4000). Brauereiwerte gesucht: Rottweiler Pfauen 30 000 (+ 10 000), Württ. Hohenz. 90 000 (+ 15 000), Wulle 37 000 (+ 3000). Textilwerte gefragt: Erlangen 100 000 (+ 10 000), Kolb u. Schüle 110 000 (+ 15 000). Metall- und Maschinenmarkt sehr fest: Daimler 87 500 (+ 12 500), Feinmeh. Tuttlingen 220 000 (+ 30 000), Hohner 220 000 (+ 10 000), Magirus 60 000 (+ 18 000), Ehlingen 90 000 (+ 20 000), Hesser 60 000 (+ 20 000). Auch sonstige Werte fest: Bad. Anilin 210 000 (+ 20 000), Bestigheimer Del 250 000 (+ 25 000), Cement Heidelberg 110 000 (+ 40 000), Dtsche. Verlag 180 000 (+ 60 000), Knorr 115 000 (+ 35 000). Der Freiverkehr war gleichfalls sehr fest.

Landesproduktbörse.

(EGB) Stuttgart, 18. Juni. Die Devisen beherrschen den Markt. Die Preise aller Getreidearten gehen sprunghaft in die Höhe, aber die Umsätze erstrecken sich auf die Deckung des nötigsten Bedarfs. Es notierten je 100 Kilo in Tausenden von Mark: Weizen 390-420 (am 11. Juni: 280-300), Sommergerste 290-320 (200-220), Hafer 260 bis 290 (170-200), Weizenmehl Nr. 0 630-670 (480 bis 500), Brotmehl 550-590 (420-440), Kleie 140-160 (120 bis 130), Wiesenheu (neuer Ernte 52-56 (50-52), Kleeheu 60-65.

Märkte.

(EGB) Rottweil, 18. Juni. Dem Schweinemarkt waren 189 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden 600-900 000 M pro Paar. Der Handel war so lebhaft, daß die ganze Zufuhr abgesetzt wurde.

(EGB) Balingen, 18. Juni. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 236 Milchschweine. Der Handel war lebhaft; alles wurde verkauft. Der Preis für ein Milchschwein stieg weiter auf 290-450 000 M.

(EGB) Mechingen O. Mergentheim, 18. Juni. Domänenpächter Rudolph-Marienhöhe erhielt für 26 100 000 M (im Vorjahr für 44 000 M) den Zuschlag bei der Schaferweideverpachtung pro 1923-24. Das gibt billige Wolle!

Die billigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Werteskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der H. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.
Berordnung des Reichsarbeitsministers über die Verdienst- und Einkommensgrenze nach § 165 a der Reichsversicherungsordnung und über den Grundlohn in der Krankenversicherung vom 9. Juni 1923.

Die in den Bestimmungen vom 12. April 1923 (R.G.B.I. S. 250) aufgeführten Lohnstufen und Grundlöhne haben mit Wirkung vom 18. Juni 1923 an durch obengenannte Verordnung folgende Ergänzung erfahren, die vom Kassenvorstand unverändert übernommen worden ist:

Stufe	Entgelt auf den Kalendertag Mark	Entgelt auf das Jahr Mark	Grundlohn M	Wochenbeitrag			Krankengeld täglich M	Sterbegeld M
				Ganzer Beitrag M	Anteil des Arbeitgebers M	Ver-sicherten M		
XVI	über 12800 bis 15000	über 4608000 bis 5400000	13900	8280	2760	5520	6950	278000
XVII	" 15000 " 17400	" 5400000 " 6264000	16200	9630	3210	6420	8100	324000
XVIII	" 17400 " 20000	" 6264000 " 7200000	18700	11130	3710	7420	9350	374000
XIX	" 20000 " 22800	" 7200000 " 8208000	21400	12735	4245	8490	10700	428000
XX	" 22800 "	" 8208000 "	24000	14280	4760	9520	12000	480000

Die für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Angestellten u. s. w. maßgebende Verdienstgrenze ist auf 9720 000 M. festgesetzt.

Die Frist zur Meldung der Personen, die durch diese Verordnung der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, ist bis zum 25. Juni 1923 ausgedehnt.

Soweit die der Kasse früher mitgeteilten täglichen, wöchentlichen und monatlichen Arbeitsverdienste am 18. Juni 1923 noch zutreffen, — diesbezügliche Nachprüfungen sind vorzunehmen — ist die Erstattung neuer Lohnveränderungsanzeigen nicht erforderlich. Nur wo sich auf diesen Zeitpunkt und nachher Veränderungen in den Lohn- und Gehaltsbeträgen ergeben, sind die Meldungen bis spätestens 25. Juni 1923 bei der Kasse einzureichen.

Die festgesetzten Lohnstufen und Grundlöhne bleiben nach den Beschlüssen des Reichstages vom 25. April 1923 über Abänderungen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 auch für diejenigen Zeiten bestehen, in denen die Mitglieder infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnkürzungen erfahren. Die Arbeitgeber haben den Mitgliedern aber nur zwei Drittel desjenigen Beitrags abzuführen, welcher bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes auf sie entfallen würde. Den vom Arbeitgeber aufzuwendenden Mehrbetrag hat die Gemeinde dem Arbeitgeber zu erstatten.

Calw, den 18. Juni 1923.

Für den Kassenvorstand:

Vorsitzender: Kamparos. Verwalter: Prof.

Allgem. Ortskrankenkasse f. d. Oberamtsbezirk Calw.
Unsere Kasse ist wegen Hauptreinigung am Mittwoch und Donnerstag, den 20. und 21. ds. Mts. geschlossen.
In dringenden Fällen werden an beiden Tagen während der üblichen Geschäftsstunden Arztscheine und Zahnartztkarten abgegeben.

Neue Fahrpläne für den Oberamtsbezirk Calw
sind auf der Geschäftsstelle ds. Blattes erhältlich, das Stück zu Mk. 500.—.

Mädchen
für Küche und Zimmerarbeit bei hohem Lohn gesucht.
Neue Handelschule.
Gesucht für sofort ein jüngerer zuverlässiger

Mann
als Kutscher in Herrschaftshaus n. Rumänien evtl. kinderloses Ehepaar und ein braves, fleißiges

Stuben-Mädchen
Reise frei.
Vorstellung erwünscht.
Eberstraße 183 I. St.

Jüngere Mädchen
14-16jährig für unsere Strickerei zum sofortigen Eintritt gesucht.
Nich. Wegel & Co. Strickwarenfabrik Hirsan.

Wegen Erkrankung meiner Frau suche ich sofort ein zuverlässiges

Mädchen oder Witwe
welche den Haushalt u. etwas Landwirtschaft gut zu führen weiß.
Karl Rieginger, Schömberg (Bühlhof) D.-M. Neuendörf.

Ottenbronn, den 18. Juni 1923.
Todes-Anzeige.
Teilnehmenden Freunden und Bekannten mache ich die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treubestorger Vater und Großvater
Martin Nonnenmann
Hilfswärter, uns durch einen plötzlichen Tod unerwartet entziffen worden ist.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Katharine Nonnenmann mit ihren Kindern.
Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Calw, den 19. Juni 1923.
Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines lieben Mannes
Wilhelm Müller
besonders für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers Lang, den letzten Liebesdienst seiner Altersgenossen und für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sage ich herzlichen Dank.
Die trauernde Gattin: **Marie Müller.**

Mortadella
offen und in Büchsen empfiehlt
Fritz Freudenberger
Bahnhofstraße.

Einen gut erhaltenen **Kinderwagen** hat preiswert zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.
Guterhaltenen **Covercoat** billig zu verkaufen.
Friedr. Walzer, Schneider, Hirsan.

Erstklassige Qualitätswaren in
Seigwaren
kaufen Sie bei
Fritz Freudenberger
Bahnhofstraße.

Bleichwaren
werden bis 15. Juli angenommen.
Geschw. Deutsche.

Sie schädigen sich selbst
wenn Sie sich eine Zeltung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftspragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.
Vor Schaden bewahren Sie sich
wenn Sie eine Zeltung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirkes gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“. Sie sind dann über Preisbildungen, Käufe und Verkäufe jegl. Art unterrichtet.

Die vorzüglichsten
Halberstädter Würstchen
erhalten Sie offen und in Büchsen bei
Fritz Freudenberger
Bahnhofstraße.

Stammheim.
Verkaufe einen leichteren
Ruhwagen
Jakob Süßer.